

Niederschrift

über die 17. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 08.07.2021

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Marktplatz 1

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:05 Uhr

Unterbrechungen: 17:30 Uhr bis 17:45 Uhr

Anwesenheit: Soll	43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist	38 Mitglieder der Stadtvertretung
	88,37 %

Entschuldigt fehlten:

- Ratsfrau **Dr. Balschat** (CDU)
- Ratsherr **Dr. Kirchhefer** (B90/DIE GRÜNEN)
- Ratsherr **Mieth** (B90/DIE GRÜNEN)
- Ratsherr **Prof. Dr. Northoff** (SPD)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr Witt, Oberbürgermeister

Herr Modemann, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Frau Renger, 2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, eröffnet die 17. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen. Da es keine Wortmeldungen gibt, schließt Ratsherr Stegemann die Einwohnerfragestunde.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann**, stellt die ordnungsgemäße Einladung fest (Postausgang per E-Mail am 30.06.2021). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt und die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 16. Sitzung der Stadtvertretung am 27.05.2021

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich beschlossen.

**TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Vorlage: INF/VII/0076**

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die Förderung von fast 2 Millionen Euro für den Kulturpark aus dem Bundesprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel. Im Bericht wird das Entwicklungs- und Pflegekonzept 2009 als Basis für die Mittelverwendung benannt. In diesem Konzept sind Klimaschutzmaßnahmen noch nicht enthalten. Ratsfrau Wegner fragt, welche Maßnahmen konkret gemeint sind.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, berichtet, dass der Antrag entsprechend des Programmauftrags sehr kurzfristig zu erstellen war. Auf der Agenda der zu bearbeitenden Maßnahmen stehen die Ufer- und Wegebefestigungen sowie die nachhaltige Bepflanzung des Kulturparks in seinen unterschiedlichen Zonen.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Stadtpräsident, Ratsherr **Stegemann** berichtet von der eben erfolgten feierlichen Verabschiedung der Sportlerinnen des SC Neubrandenburg, die an den Olympischen Spielen in Tokio teilnehmen werden.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, berichtet aus den Tagungen des Präsidiums und des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages. Professor Wieler, Präsident des Robert-Koch-Instituts, beantwortete in den Gremien die Fragen der Kommunen nach der Einschätzung des weiteren Verlaufs der Pandemie und den notwendigen weiteren Maßnahmen. Im Zusammenhang mit den guten Impffortschritten auch in Mecklenburg-Vorpommern dankte Herr Witt den (mobilen) Impfteams für ihre engagierte Arbeit.

Prof. Wieler schätzt ein, dass bis mindestens zum Frühjahr 2022 weiterhin da, wo viele Menschen zusammentreffen, Maßnahmen wie Abstand halten, Desinfektion, Lüften, Masken (nicht FFP2) tragen, notwendig sein werden. Ziel ist, die Schulen offen zu halten. Der Bund hat ein Förderprogramm für stationäre Lüftungsanlagen in den Schulen aufgelegt, für das sich die Stadt Neubrandenburg beworben hat.

Die Gremien des Städtetages haben sich auch zur Situation der Unternehmer*innen verständigt. Über das Programm „Zukunft der Innenstadt“ legt der Bund über vier Jahre jeweils 250 Millionen Euro auf, um eine Wiederbelebung der Innenstädte zu ermöglichen.

Für die Gewerbesteuer ausfälle der Kommunen wird keine Kompensation durch den Bund erfolgen, aber die bereits in Aussicht gestellte und beantragte ÖPNV-Unterstützung wird es geben.

In Deutschland fallen 55 % der öffentlichen Bau-Investitionen in den Kommunen an. Derzeit müssen durch den Baustoff- und Fachkräftemangel in einigen Kommunen Investitionen gestoppt bzw. verschoben werden.

Herr Witt dankt den am Bauprojekt „Rathaus“ Beteiligten, dass er im Rathaus-Beirat über Kostensteigerungen lediglich in zwei Losen – Elektroanlagen und Fensterfassade - und in einer Höhe von nur knapp über 10 % berichten konnte. Mehrkosten von 800.000 Euro, die für die Stadt anfallen, sind ein Erfolg bei der Größenordnung des Projektes.

Der Städtetag hat sich weiter mit „Tempo 30“ beschäftigt und seine Forderung aus dem Jahr 2016 wiederholt, den Städten mehr Kompetenzen bei der Festlegung stadtverträglicher Geschwindigkeiten einzuräumen.

Herr Witt berichtet zum aktuellen Stand der Unterstützungsmaßnahme „Fiktiver Unternehmer*innenlohn“. Von 125 Anträgen sind 58 bisher mit einem Zuwendungsbescheid bewilligt worden, das Volumen dieser Bewilligungen beträgt 208.600 Euro. Weitere 11 Zuwendungsbescheide sind in Vorbereitung mit einer Gesamtzuwendungssumme von 41.300 Euro. Bisher sind 108.400 Euro ausgezahlt, was im Durchschnitt 3.023 Euro je Unternehmen bedeutet.

Ratsherr **Kuhnert** (Die LINKE) hat eine Frage zur Verkehrssicherungspflicht am Lokschuppenareal. Er hat sich Hinweisen von Anwohner*innen vor Ort kaputte Zäune und spielende Kinder vorgefunden. Es gibt keinen Hinweis auf den/die Eigentümer/in.

Wie wird Vorsorge gegen Brandstiftung und Vandalismus getragen?

Was kostet die Sicherung des Areals pro anno?

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0073** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsfrau **Reinsdorf** (Die LINKE) fragt zur Fontänenanlage am See:

Ist bekannt, dass nur die große Fontäne funktioniert? Von den vier kleinen Anlagen funktioniert nur eine. Wie reagiert die Stadt?

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0074** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsfrau **Arndt** (AfD) fragt, was mit dem ehemaligen Objekt der REWE GmbH in der Traberallee wird? Das Gebäude steht seit Wochen leer, ist mit einem Bauzaun gesichert.

Was soll da entstehen?

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0075** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Messner** (CDU) übermittelt Grüße des Transporthubschrauberregiments 10 aus Faßberg, das an der KSK-Übung Black Star 2021 beteiligt ist. Er übermittelt Dank für die herzliche Aufnahme und reges Interesse an der Übung in Neubrandenburg.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) bestätigt die Ausführungen des Oberbürgermeisters aus der Beratung des Rathaus-Beirates, wundert sich aber, dass die Informationen bereits am nächsten Morgen in der Presse nachzulesen waren.

Herr **Witt**, Oberbürgermeister, erläutert, dass er – die Kritik der Stadtvertretung ernst nehmend – erst nach der Beiratssitzung den Pressevertreter*innen die Möglichkeit eröffnet hat, das Rathaus zu betreten und Informationen zu erhalten.

Herr Witt nimmt die Bezeichnung „Baumeister“, als der er von Ratsherrn Schwanke bezeichnet wurde, ausdrücklich als Kompliment entgegen.

Ratsfrau **Paulitschke** (SPD) fragt nach, ob am Spielplatz in der Peter-Cornelius-Straße, der eine neue Treppe erhalten hat, noch Sicherungsmaßnahmen vorgesehen sind. Der Regen hat den aufgetragenen Splitt heruntergespült.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0076** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Kadow** (fraktionslos) bezieht sich auf das seit 2017 durch die NEUWOGES betriebene Tierheim. Auf dem Schild steht: Außerhalb der Öffnungszeiten an die Feuerwehr wenden.“ Bis heute nimmt aber der Tierschutzverein die Fundtiere außerhalb der Öffnungszeiten an. Wer bei der Feuerwehr anruft, bekommt keine guten Antworten. Seit dem vergangenen

Jahr gibt es eine neue Fundtierverordnung, in der eindeutig geregelt ist, dass alle Katzen Fundtiere sind.

Bei Hunden klappt das gut, wieso nicht bei Katzen?

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer **ANF/VII/0077** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsherr Kadow fragt weiter zum Großbrand in der Neustrelitzer Straße. Die Ratsfrauen und Ratsherren wurden im Vorfeld informiert, dass das Grundstück verkauft werden sollte und der Käufer eine große Waschstraße errichten will. Mittlerweile hatte sich auf dem Grundstück ein Biotop entwickelt, das offensichtlich durch Brandstiftung vernichtet wurde. Er empfiehlt, die Verantwortlichen für den Brand auszumachen.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, erläutert, dass Ermittlungsbehörde die Polizei ist und die Stadt nur weiß, dass es Verkaufsgespräche gab. Der Alteigentümer war angehalten, die Fläche zu sichern.

Ratsherr **Bromberger** (CDU) weist darauf hin, dass die Zahl der Nichtschwimmenden steigt und fragt in diesem Zusammenhang an, ob es für das kommende Schuljahr die Möglichkeit gibt, dass die beiden Schuljahrgänge, die wegen Corona keine Möglichkeit des Schwimmens hatten, neu einzugliedern. Kann man den Schulen bzw. Vereinen, die Schwimmkurse geben, mehr Zeiten anbieten?

Herr **Witt** schlägt vor, die Frage nicht schriftlich zu beantworten, sondern im Ausschuss Generationen, Bildung und Sport den Dialog zu führen und Vertreter*innen der neu.sw einzuladen, damit aufgezeigt werden kann, welche Möglichkeiten die bestehenden Kapazitäten zulassen.

Ratsherr **Schnell** (AfD) erinnert an den Beginn des neuen Schuljahres im August und fragt an, ob es konkrete Maßnahmen gibt, die Schulwegsicherheit zu erhöhen und ob und in welchem Umfang das Ordnungsamt in dieser Zeit verstärkt vor Grundschulen eingesetzt ist. Mit einer zweiten Frage bezieht er sich auf die Diskussion der Bürger*innen zur Berufsschule in der Stavener Straße. Ist ein Abriss oder eine Neunutzung der Fläche geplant?

Herr **Modemann** erläutert, dass die Aufgabe der Realisierung der Verkehrssicherheit für die Schulanfänger*innen die Verkehrswacht in Kooperation mit der Polizei übernimmt. Das Ordnungsamt wird mit Ordnungskräften – wenn möglich – in der Nähe sein, darf aber nicht in den fließenden Verkehr eingreifen.

Herr **Witt** antwortet auf die zweite Frage von Ratsherrn Schnell, dass die Immobilie dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte gehört, der sie tatsächlich zum Verkauf angeboten hat. In der Verwaltung sind bisher Nachfragen von mehreren Interessenten zu den Nutzungsmöglichkeiten eingegangen. Das unbebaute Grundstück hinter der Schule ist im Eigentum der Stadt und soll mitverkauft werden. Der Landkreis hat aber zum vorderen bebauten Grundstück noch keine Verkaufsentscheidung getroffen.

Ratsherr **Schwanke** ist mit der Antwort auf die Frage von Ratsherrn Kadow zum Brand in der Neustrelitzer Straße nicht einverstanden und mahnt an, dass der jetzige Eigentümer der Fläche konsequent zur kurzfristigen Sicherung des Geländes aufgefordert werden muss.

Herr **Modemann** unterstreicht, dass hier nichts auf die lange Bank geschoben wird. Der Eigentümer ist über seinen Rechtsanwalt, der als Ansprechpartner fungiert, hingewiesen worden.

Ratsfrau **Barthel** (fraktionslos) lobt die Neugestaltung des Spielplatzes in der Peter-Cornelius-Straße und fragt nach, wann die für das 2. Quartal angekündigten beiden Kleinspielgeräte aufgestellt werden.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **ANF/VII/0078** und wird schriftlich beantwortet.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) appelliert, dass bei Vorhaben der Stadt, die schwierig und noch zu beraten sind, da wo Vorhaben möglicherweise be- oder verhindert werden oder Personen beschädigt werden könnten, sich Stadtvertretung, -verwaltung und städtische Unternehmen untereinander verständigen sollten, bevor die Medien informiert werden.

Herr **Modemann** informiert, dass sich der Krisenstab bei den Betreibern der Testzentren schriftlich für deren Engagement bedankt hat und viele, die bisher Tests angeboten haben, auch weiterhin dabei bleiben, obwohl die Inzidenzwerte gerade sinken.

Herr **Witt** berichtet, dass der Stadt bezüglich der ehemaligen Justizvollzugsanstalt mit Schreiben des Finanzministeriums M-V vom 21. Juni 2021 die Ansprechpartnerin mitgeteilt wurde. Mit der Referentin für Liegenschaftsangelegenheiten ist die Stadt jetzt im Kontakt. Das Finanzministerium hat die Ermittlung des Verkehrswertes beauftragt und wird sich nach Vorlage eines entsprechenden Ergebnisses wieder an die Stadt wenden.

TOP 7 Abstimmung über die Art der Durchführung der nächsten Sitzung der Stadtvertretung

Stadtpräsident **Stegemann** schlägt vor, angesichts der derzeitigen positiven Corona-Situation in Präsenz zu tagen, vorbehaltlich der Änderung dieser Entscheidung durch das Präsidium der Stadtvertretung, falls sich die Inzidenzzahlen wieder verschlechtern.

Ratsherr **Stieber** (SPD) regt für seine Fraktion die Tagung in hybrider Form an. Der Fokus sollte weiterhin auf Covid 19 und die noch geltenden Bestimmungen gelegt werden. Sollten in der Zeit bis zur nächsten Sitzung sich die Richtlinien ändern, kann das Präsidium immer noch eine andere Festlegung treffen.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) kritisiert diesen Vorschlag.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) unterstützt den Vorschlag der SPD-Fraktion, da davon auszugehen ist, dass sich die Inzidenzzahlen im Herbst wieder verschlechtern.

Ratsherr **Messner** (CDU) bittet um Abstimmung, er sieht, dass die Mehrheit in Präsenz tagen will.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) bittet Herrn Meyer zu Schlochtern, Leiter der Abteilung Recht und Vergaben, um Erläuterung, welche Form der Sitzung weitreichender sei – Tagung in Präsenz oder als hybride Sitzung.

Herr **Meyer zu Schlochtern** erläutert, dass dieser Beschluss ein Verfahrensbeschluss sei und der weiterreichende Antrag derjenige sei, der die Sitzung in hybrider Form vorsieht. Allerdings engt diese Sitzungsform die Beschlussgegenstände ein (Wahlen sind nicht möglich). Er empfiehlt, zunächst über die hybride Sitzung abzustimmen.

Ratsherr **Schwanke** erinnert an die Ausführungen in der Hauptsatzung, die Präsenzsitzungen vorsieht.

Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, lässt über die Durchführung der nächsten Sitzung als Hybridsitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 17 Dafürstimmen, 21 Gegenstimmen

Der Stadtpräsident stellt fest, dass damit die nächste Sitzung der Stadtvertretung als Präsenzsitzung stattfindet.

Ratsfrau Strelow (AfD) betritt den Sitzungsraum. Damit sind 39 Mitglieder der Stadtvertretung anwesend.

TOP 8 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, bittet darum, den Änderungsantrag Nr. 1 (CDU-Fraktion) zur Beschlussvorlage BV/VII/0266 (TOP 13) nachzutragen.

Des Weiteren schlägt er vor, die Vorlagen BV/VII/0234 und BV/VII/0236 (**TOP 15 + TOP 16**) sowie die Vorlagen BV/VII/0067 und BV/VII/0068 (**TOP 17 + TOP 18**) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Der Stadtpräsident informiert, dass Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) zum TOP 21 (BV/VII/0119) sein Mitwirkungsverbot angezeigt hat.

Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** (B90/DIE GRÜNEN) stellt den Antrag, den Änderungsantrag der CDU zur Beschlussvorlage BV/VII/0266 (TOP 13) von der Tagesordnung zu nehmen. Dieser sogenannte Änderungsantrag soll den Antrag der Fraktion Die LINKE ersetzen, hat aber nur im Punkt 4 einen Bezug zum Antrag. Es wird befürchtet, dass unter dem Mantel des Änderungsantrages das Verfahren (Einreichungsfristen, Behandlung in Ausschüssen) ausgehebelt wird.

Ratsherr Prof. Dr. Freigang befürchtet das Ende der Debatte um den Beschlussvorschlag der LINKEN, wenn für den Änderungsantrag der CDU-Fraktion eine Mehrheit stimmt.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) sieht für den Antrag der Streichung von der Tagesordnung keine Chance, da ihrer Meinung genau dafür, für die Anbringung von Änderungsvorschlägen an einer Beschlussvorlage, die Diskussion in der Sitzung der Stadtvertretung gedacht ist.

Herr **Meyer zu Schlochtern**, Leiter der Abteilung Recht und Vergaben bejaht die Möglichkeit der Einbringung von Änderungsanträgen in der laufenden Sitzung, allerdings nur dann, wenn diese keine Änderung der Tagesordnung darstellen, es den Stadtvertreter*innen also nicht ausreichend möglich war, sich auf die Tagesordnung vorzubereiten. Es wäre also zunächst zu prüfen, ob der Änderungsantrag über den ursprünglichen Beschlussvorschlag sehr weit hinausgeht. Dieses konstatiert er für den vorliegenden Änderungsantrag.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** bittet um Rücknahme der Ankündigung eines Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

Die vorliegende Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

TOP 9 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 10 Frühchenstation in Neubrandenburg erhalten Vorlage: BV/VII/0238

Ratsfrau **Klopsch** (DIE LINKE) bringt die Beschlussvorlage ein und verliest folgende redaktionelle Änderung: am Ende des Beschlusspunktes 3 wird der Begriff „Landesbehörden“ durch „Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen“ ersetzt.

Sie erläutert die bisherigen Regelungen der Kompetenz der Länder bei der Schaffung entsprechender Strukturen und Ausnahmegenehmigungen für die ausreichende Versorgung von Frühgeborenen im Gegensatz zur neu beschlossenen Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses, der für den Status als „Perinatalzentrum Level 1“ eine neue Mindestanzahl von 25 Fällen pro Jahr fordert. Jährlich befristete Ausnahmeregelungen sind möglich, sofern einem entsprechenden Antrag des jeweiligen Krankenhauses alle Kranken- und Ersatzkassen im Land zustimmen.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) stimmt den Ausführungen von Ratsfrau Klopsch zu und ergänzt, dass im gerade veröffentlichten Bericht der Enquete-Kommission des Landtages zur medizinischen Versorgung gewarnt wird, dass auch die allgemeinen Geburtsstationen nicht überall im Land gehalten werden können und entsprechende Transportabsicherungen in die verbleibenden Stationen überlegt werden müssen. Er fordert zur Entwicklung ganzheitlicher Konzeptionen auf.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) unterstützt die Ausführungen ihrer Vorredenden und unterstreicht, dass die Diskussion um familiennahe Krankenhausstrukturen geführt werden muss.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) stimmt den vorherigen Redebeiträgen zu und berichtet von Erfolgen beim Einsatz um diese Stationen in anderen Bundesländern. Er hebt hervor, dass Kreistag und –verwaltung, Stadtvertretung und –verwaltung und das Klinikum in dieser gemeinsam durchzusetzenden Angelegenheit kooperieren.

Ratsherr **Prof. Dr. Freigang** (B90/DIE GRÜNEN) bittet darum, den Begriff der „Mindestmenge“, der in den offiziellen Dokumenten gebraucht wird, innerhalb der Stadtvertretung nicht zu benutzen.

Abstimmungsergebnis: Die geänderte Vorlage wird mit 39 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: STV 17/10/2021

TOP 11 Maßnahmen zur Sicherung des Fischerhauses auf der Fischerinsel Vorlage: BV/VII/0258

Ratsherr **Lange** (SPD), der dieses Thema bereits mehrfach angesprochen hat, begründet die Beschlussvorlage. Das Gebäude befindet sich im Spannungsfeld von Denkmalschutz und Naturschutz, eine Lösung für eine Sanierung ist nicht in Sicht, u.a. auch deshalb, weil durch die starken Restriktionen Bauarbeiten nur im Winter stattfinden können. Deshalb ergeht der Auftrag an den Oberbürgermeister, eine Versetzung zu prüfen. Ratsherr Lange setzt sich aus Verantwortungsbewusstsein, etwas für die Nachwelt zu erhalten, für die Versetzung ein – um einen möglichen Kontext zu wahren, auf die Bootsverleihinsel, wobei er ergebnisoffen sei.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) moniert zunächst, dass Gegenstand und Inhalt der Beschlussvorlage nicht übereinzustimmen scheinen.

Er verweist auf die letzte Sitzung des Hochschulausschusses, in der vom Rektor der Hochschule die Idee für eine Nutzung der Fischerinsel und des Fischerhauses für temporäre Forschungsaufträge (weil nur „kalte Übernachtungen“ ohne Strom und Wasser möglich) zu nutzen. Er lehnt die Idee einer Translozierung des Fischerhauses ab.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) unterstützt grundsätzlich den Beitrag von Ratsherrn Kowalick. Die Idee einer Versetzung des Fischerhauses auf die Bootsverleihinsel ist für ihn nicht tragfähig, die Vorlage wurde in seiner Fraktion einhellig abgelehnt. Er möchte lieber in den Haushalt 2022 eine Mill. Euro mehr für „Grün“ in der Stadt ausgeben.

Ratsherr **Stieber** (SPD) erläutert, dass die Gegenstandsbezeichnung der Vorlage eher dazu dient, das Fischerhaus zu verorten, weil eine genaue Adresse nicht vorliegt. Er verweist darauf, dass sich seine Fraktion angesichts der Umstände und Widersprüche zwischen Denkmal- und Naturschutz Gedanken um eine Sicherung des Hauses gemacht hat, damit es nutzbar und sichtbar gemacht werden kann.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) verweist darauf, dass die SPD-Fraktion einen Prüfauftrag an die Verwaltung vorschlägt und plädiert dafür, dass die Verwaltung alle Möglichkeiten darlegt, was perspektivisch mit dem Fischerhaus passieren kann. Sie glaubt, dass es nur möglich ist, das Haus vor Ort zu sanieren und zu erhalten.

Ratsherr **Messner** (CDU) verweist auf die jahrelangen Bemühungen der Stadtvertretung, touristische Entwicklungsmaßnahmen im Uferbereich des Tollensesees zu realisieren und auf die bereits stattgefundenen Diskussionen im Stadtentwicklungsausschuss zu einer Sanierung des Fischerhauses ohne, dass ein Zugang gesichert werden kann. Am Beispiel der Hansestadt Rostock zeigt er die Möglichkeiten der politischen Auseinandersetzung mit den verantwortlichen Ministerien der Landesregierung auf.

Ratsherr **Schwanke** betont, dass er den Willen zur Sanierung ausgedrückt hatte. Er möchte die Ergebnisse der Diskussion zur Vorlage in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses kennen.

Ratsherr **Kowalick** und Ratsherr **Kuhnert** (DIE LINKE) berichten, dass die Beschlussvorlage im Stadtentwicklungsausschuss nicht behandelt wurde.

Ratsfrau **Wegner** räumt in Richtung des Ratsherrn Schwanke das Missverständnis aus, dass sie geglaubt hatte, dass dieser bei einem Mehraufwand von einer Million Euro im Haushalt 2022 für das städtische Grün nicht die Möglichkeit der Sanierung des Fischerhauses einbezogen hatte.

Ratsherr **Messner** stellt richtig, dass im Stadtentwicklungsausschuss das Thema der Sanierung des Fischerhauses diskutiert wurde, nicht die Vorlage der SPD-Fraktion.

Ratsherr **Dr. Wieland** (DIE LINKE) möchte die Zukunft des Fischerhauses nicht gefährdet sehen und schlägt eine Diskussion dazu im Stadtentwicklungsausschuss vor.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) erläutert, dass der Stadtentwicklungsausschuss sich die Vorlage hätte auf den Tisch holen können.

Er erläutert, dass seine Fraktion mit der Vorlage in erster Linie die Verpflichtung, das Denkmal zugänglich zu machen, gestalten wollte. Die Versetzung des Hauses ist dann der weitergehende, sehr spektakuläre Antrag. Der kürzere Weg wäre eine digitale Verbindung zwischen Fischerhaus und der Öffentlichkeit. So lautete sein Vorschlag auch in der Beratung des Hochschulausschusses. Er empfiehlt die Rücknahme des Beschlussvorschlags in den Stadtentwicklungsausschuss.

Ratsherr **Lange** erläutert, dass er bezüglich der Versetzung des Hauses auf die Fischerinsel offen ist. Ihm geht es um die Erhaltung des stark sanierungsbedürftigen Hauses, des ältesten Profanbaus der Stadt Neubrandenburg.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) erinnert, dass die SPD-Fraktion die Drucksache vor der Beratung in der Stadtvertretung im Stadtentwicklungsausschuss hätte einbringen können. Sie wendet sich weiter an Rats Herrn Prof. Oppermann und hält ihm den eindeutigen Beschlussvorschlag der Drucksache – die Prüfung einer Translozierung – vor, den die CDU-Fraktion ablehnt.

Rats Herr **Lange** bringt folgende Änderung für die Drucksache vor. Der Beschlussvorschlag wird dahingehend geändert, dass im Prüfauftrag die Translozierung zurückgenommen wird und formuliert werden soll, „... wird der Oberbürgermeister beauftragt, den Ist-Zustand des Fischerhauses gründlich zu dokumentieren und zu prüfen, inwieweit weitere Maßnahmen erforderlich scheinen.“

Ratsfrau **Dr. Kuhk** empfiehlt, die Vorlage zurückzuziehen.

Die Vorlage wird vom Einreicher zurückgezogen.

TOP 12 Setzen der Regenbogenflagge anlässlich des Christopher Street Day Neubrandenburg im Zeitraum vom 7. bis 14. August 2021
Vorlage: BV/VII/0259

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE GRÜNEN) erläutert die Beschlussvorlage, erinnert an die erste Demonstration anlässlich des Christopher Street Day in Neubrandenburg am 24.08.2019, berichtet von Repressionen gegen queere Personen und setzt sich für den Schutz derer Menschenrechte ein. Sie erläutert, dass die Regenbogenflagge als Symbol der Schwulen und Lesben als Zeichen der Toleranz, Akzeptanz und der Vielfalt gilt.

In vielen Städten weltweit wird die Regenbogenflagge an den Rathäusern gehisst. In Neubrandenburg verhindert der Flaggenerlass des Landes eine diesbezügliche Entscheidung der Bürgergemeinschaft. Sie wirbt für einen Beschluss der Stadtvertretung, den Oberbürgermeister zur Einholung einer entsprechenden Genehmigung durch das Innenministerium aufzufordern.

Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE) geht auf die Bedeutung der Regenbogenflagge ein, die für Vielfalt, Toleranz und Frieden steht. Bei dem vorliegenden Beschlussvorschlag geht es nicht um die Verbreitung von Weltanschauungen, sondern um die demokratischen Grundwerte und die Grundrechte jedes Menschen, die es zu verteidigen gilt, solange Menschen auch wegen ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität ausgegrenzt, diffamiert und angegriffen werden.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) erklärt das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion, das sich in dieser Sache unterschiedlich darstellen wird. Es geht nicht um das Hissen der Flagge an sich sondern um den konkreten Antrag, diese vor dem Rathaus zu hissen.

Sie weist darauf hin, dass die Beflaggungsverordnung einen engen Rahmen für die Beflaggung öffentlicher Gebäude setzt. Der Antrag an das Innenministerium wird für überflüssig gehalten, da dieses sich an die Regelungen der Beflaggungsverordnung halten wird.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 23 Dafürstimmen und 12 Gegenstimmen beschlossen.

Beschlusnummer: STV 17/12/2021

TOP 13 Verkehrsberuhigende Maßnahmen

Vorlage: BV/VII/0266

Ratsfrau **Kanew** (DIE LINKE) begründet die Beschlussvorlage, die Maßnahmen zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in Neubrandenburg zum Inhalt hat und bedankt sich bei der Bürger*inneninitiative, unter deren Beteiligung der vorliegende Beschlussvorschlag zustande gekommen ist. Sie schildert die Verkehrssituation und dankt der Verwaltung, dass zwischen der Ausschusswoche und der heutigen Sitzung der Stadtvertretung bereits mehrere Verkehrshinweisschilder aufgestellt wurden.

Sie bezieht sich auf den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, bewertet dessen einzelne Beschlusspunkte und verliert Änderungen der Einreicherin, wobei einzelne Punkte des Antrags der CDU-Fraktion berücksichtigt wurden:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bau von Bremsschwellen in den Straßen „An der Rennbahn“, „Jahnstraße“ (ab Kreisverkehr Bachstraße) und „Bruderbruch“ zu veranlassen (wird später durch „zu prüfen“ ersetzt).
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen kurzfristig ein Zebrastreifen über die Straße „Kannegießerbruch“ (vor dem Bahnübergang) als Querungshilfe zum „Bruderbruch“ eingerichtet werden kann. Über das Ergebnis ist spätestens in der Sitzung der Stadtvertretung am 09.12.2021 zu berichten.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welche Maßnahmen kurzfristig zur Verbesserung der Situation für Radfahrende und Fußgänger*innen auf der Jahnstraße (ab Kreisverkehr Bachstraße), Bruderbruch und An der Rennbahn durchgeführt werden können. Über das Ergebnis ist spätestens in der Sitzung der Stadtvertretung am 09.12.2021 zu berichten.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Jahn- und Bachstraße eine Objektplanung zu veranlassen. Dabei wird der am Kreisverkehr Robert-Blum-Straße/Jahnstraße/Bachstraße begonnene Querschnitt fortgesetzt. In der Bachstraße wird entsprechend Radverkehrskonzept der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg das Erfordernis und die Möglichkeit der Einordnung einer Radverkehrsanlage zwischen der Bachstraße 8 und der Rostocker Straße geprüft. Die Finanzierung der Planung und baulichen Umsetzung ist im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Immobilienmanagement zu sichern.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auch vor dem Hintergrund der anstehenden Erneuerung der Oberbachbrücke, Kontakt mit dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung zu einer möglichen finanziellen Beteiligung des Bundes, vertreten durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, aufzunehmen.

Für die Beratung der so geänderten Beschlussvorlage in den Fraktionen beantragt Ratsfrau Kanew eine Pause von 15 Minuten.

Ratsfrau **Wegner** (B90/DIE Grünen) signalisiert im Namen ihrer Fraktion Zustimmung zur Beschlussvorlage, freut sich über die Initiativen für die Radfahrenden und Fußgänger*innen in der Stadt und hofft, dass es gelingt, eine Verkehrsberuhigung in der Straße zwischen dem Kreisverkehr Bachstraße und dem Reitbahnviertel zu schaffen.

Ratsherr **Prof. Dr. Oppermann** (SPD) ergreift Partei für die Fußgänger*innen, die auf dieser Verbindungsstraße nicht berücksichtigt werden und stellt fest, dass diese wichtige Stadtteilverbindung, der Bypass, der benötigt wird, wenn Hindernisse auf dem Ring entstehen, für eben diese Funktion nicht geeignet sind. Es gibt für ihn zu wenig Hinweise für eine plausible Verkehrsführung. Er fordert die Überplanung der gesamten Strecke sowohl als Verbindung zwischen Jahnviertel und Reitbahnviertel als auch in der Funktion als Bypass für die Umgehung des Rings.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) stimmt der Initiative der Fraktion DIE LINKE und den von Ratsfrau Kanew verlesenen Änderungen zu.

Ratsfrau **Reinsdorf** (DIE LINKE) bittet um Zustimmung für die geänderte Vorlage und lobt die neuen Schilder, die aber ohne entsprechende Kontrollen keinen Effekt zeigen. Sie berichtet von Erfahrungen der ansässigen Kita, deren Leiter sich mit den Kindern kaum traue, über diese Straße zum Reitbahnsee zu gehen.

Herr **Modemann**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters, gibt zu bedenken, dass Bremsschwellen auch Nachteile aufweisen, wenn Versorgungsfahrzeuge wieder anfahren, verursacht das erhebliche Geräusche.

Nach einer Sitzungsunterbrechung von 17:30 Uhr bis 17:45 Uhr stellt Ratsherr **Stegemann**, Stadtpräsident, die Beschlussvorlage mit den Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Die geänderte Vorlage wird mit 38 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlussnummer: STV 17/13/2021

TOP 14 Beschluss über die Annahme einer Sachzuwendung der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH durch die Stadtvertretung – Bronzeplatte für den Neubrandenburger Walk of Sport in der Stargarder Straße zur Ehrung der Sportlerin Carola Drechsler
Vorlage: BV/VII/0237

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 38 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlussnummer: STV 17/14/2021

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Die Tagesordnungspunkte 17 und 18 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 17 Bebauungsplan Nr. 65 “Gerstenstraße“
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Vorlage: BV/VII/0067

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 38 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlussnummer: STV 17/17/2021

TOP 18 Bebauungsplan Nr. 65 “Gerstenstraße“
hier: Satzungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0068

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 38 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlussnummer: STV 17/18/2021

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Nach Herstellung der Öffentlichkeit wird die Sitzung um 18:05 Uhr geschlossen.

gez.
Dieter Stegemann
Stadtpräsident

gez.
Sabine Renger
Protokoll